

Eine Gemeinde bezieht Stellung



Gesprächsrunde mit „Corona-Abstand“ nach dem Gottesdienst (großes Foto)
und Lektorin Els van Vemde. Fotos: privat

Das politische Klima in Deutschland hat sich geändert. Bei früheren Ostermärschen und Großdemonstrationen gegen Krieg waren Kirchenvertreter*innen prominent und vorne mit dabei.

Das berühmt gewordene Käßmann-Wort „Nichts ist gut in Afghanistan“, für das sie so viel Schelte bekam, ist lange her. Heute sind die Kirchen zurückhaltender geworden, denn der politische Alltag stellt die EKD vor andere, neue Herausforderungen. Es gibt Militärseelsorger, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr begleiten. Der Martha-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg ist die Friedensarbeit noch immer ein zentrales Anliegen. Nur hat sich die Bedeutung des Begriffs erweitert, umfasst er nun nicht mehr nur das „Nie wieder Krieg“ als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, sondern ebenso den friedlichen Einsatz für das Klima oder den Dialog mit Andersgläubigen.

Ein Ortsbesuch.

Von Matthias Bertsch

Els van Vemde kann sich noch gut an die 1980er und 1990er Jahre erinnern. Damals waren Demonstrationen gegen Krieg und militärische Interventionen in Berlin und der alten Bundesrepublik gut besucht, pazifistische Überzeugungen in der Gesellschaft weit verbreitet. Das sei heute anders, so die gebürtige Niederländerin, die 1976 nach Berlin kam und ehrenamtlich in der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde tätig ist. 1982 ist sie nach Kreuzberg gezogen, seitdem ist sie in der Martha-Gemeinde tätig, 25 Jahre davon als Sozialpädagogin. Inzwischen ist die 70-Jährige im Ruhestand, aber ihr Engagement in der Gemeinde und vor allem für ein gewaltloses Lösen von Konflikten haben nicht nachgelassen.

Die Stimmung in der Gesellschaft dagegen hat sich geändert. Man könne von Glück reden, wenn Pazi-

fismus als Naivität abgetan werde, andere beäugten das grundsätzliche Eintreten für Gewaltlosigkeit mit Misstrauen: „Wenn man sagt, wir können auf Rüstung verzichten, wird man in eine Ecke gestellt, es gibt keinen allgemeinen gesellschaftlichen Konsens mehr, dass wir abrüsten müssen“, sagt Els van Vemde.

Während in der Politik immer wieder darüber diskutiert wird, dass die Bundeswehr chronisch unterfinanziert sei und Deutschland mehr für Verteidigung ausgeben müsse, ist die Sichtweise in der Martha-Gemeinde eine ganz andere. Frieden und Sicherheit seien nicht mit mehr Geld für Waffen zu erreichen, ist Monika Matthias überzeugt. „Unsere Sicherheit wird am meisten durch die Klimakatastrophe und die Konflikte, die dadurch entstehen, bedroht“, darin ist sich die Pfarrerin mit vielen in der Gemeinde einig.

Die hohen Rüstungsausgaben basierten auf Einschätzungen, die sie schon lange nicht mehr teilt. „Ich denke, wir haben ganz andere Sicherheitsrisiken.“ Ungerechte globale Wirtschaftsbeziehungen zum Beispiel, oder der Klimawandel, der in ärmeren Ländern Verteilungskonflikte eskalieren lasse. „Wenn die Schöpfung durch unser Handeln weiter in die Klimakatastrophe hineingetrieben wird, dann gibt es Konflikte, die nicht mehr lösbar sind“, so Matthias.

Katastrophenschutz statt Bundeswehr mit Waffen

Unterstützung in ihrer militärkritischen Sicht erhält die Gemeinde von der Initiative „Sicherheit neu denken“. Die bundesweite Kampagne, die ihren Ausgang in der Evangelischen Landeskirche in Baden genommen hat, will die Bundeswehr bis 2040 abschaffen beziehungsweise

in einen unbewaffneten Katastrophenschutz umwandeln – ganz legal, ohne Umsturz: durch einen Beschluss des Bundestages. Und das soll gehen? „Vor 20 Jahren hat auch noch keiner dran geglaubt, dass regenerative Energien einmal Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke ablösen könnten“, sagt der Koordinator von „Sicherheit neu denken“, Ralf Becker. „Heute wissen wir, dass es geht. Und genau so behaupten wir, dass es auch geht, die militärische Sicherheitspolitik mit rein zivilen Instrumenten abzulösen.“

Auf Worte müssen Taten folgen

Obwohl Waffen im Denken und Fühlen der Menschen oft mit Sicherheit verbunden seien, führten Militäreinsätze selten zu Frieden, zivile Konfliktvermittlung sei langfristig viel effektiver. „Es gibt Studien, die zwischen 1900 und 2015 460 internationale Konflikte untersucht haben“, so Becker, „und sie weisen nach, dass gewaltfreie Interventionen doppelt so erfolgreich sind wie gewaltvolle.“

Becker hat im November 2020 in der Martha-Gemeinde einen Vortrag gehalten, trotz Corona war das Interesse sehr groß. In der anschließenden Diskussion ging es auch um die Debatte im Bundestag, ob die Bundeswehr bewaffnete Drohnen anschaffen solle. Nein, war die Mehrheitsmeinung in der Gemeinde – und ebenso, dass den Worten Taten folgen müssten.

„Wir haben danach einen Brief geschrieben, der an alle Bundestagsabgeordneten der SPD geschickt wurde, und die Abstimmung wurde tatsächlich verschoben“, erzählt Claudia Spiller. Die Vorsitzende des Gemeindekirchenrates weiß, dass die Briefe der Kirchengemeinde kaum die Ursache für die Vertagung der Abstimmung waren, aber ein

Hinweis darauf, dass Bürger*innen diese Entscheidung kritisch begleiten, vielleicht schon. „Ich finde es wichtig, politische Prozesse wachsam zu verfolgen, und das zu tun, was in unserer Macht steht.“

Schlüssel für die Moschee

Die Martha-Gemeinde hat zwar nicht die Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, aber Stellung zu beziehen ist vielen Gemeindegliedern wichtig. Und zwar nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen. Als im letzten Jahr zu Ramadan die benachbarte Dar-Assalam-Moschee anfragte, ob sie wegen der Corona-Beschränkungen den deutlich größeren – und nicht bestuhlten – Kirchraum der Martha-Gemeinde für ihr Freitagsgebet nutzen könne, sagte der Gemeindekirchenrat sofort zu. „Wir haben nicht lange gezögert“, erinnert sich Spiller, „für uns war das eine Nachbarschaftsaktion nach dem Motto: Hier habt ihr den Schlüssel, wir kommen auch mal gucken.“

Gucken kamen dann allerdings auch noch andere. Die Nachricht, dass in Kreuzberg Christ*innen ihr Gotteshaus den Muslimen zur Verfügung stellen, ging zum Zuckerfest einmal um die Welt, vor allem um die muslimische Welt. „In der ersten Woche kam die Deutsche Welle“, erzählt Spiller, „in der zweiten Woche kam Reuters, dann Al Jazeera und schließlich wurde es von Marokko bis zu den Fidschi-Inseln verbreitet.“

Miteinander im Alltag ist Arbeit für den Frieden

Auch Pfarrerin Monika Matthias hat sich über die große mediale Reaktion gefreut, aber ihr waren die kleinen, eher unscheinbaren Rückmeldungen fast noch wichtiger. „Ein muslimischer Mann aus der Nachbarschaft hat mir geschrieben, er lebe seit 30 Jahren in Kreuzberg“, erinnert sich die 63-Jährige. Aber erst durch diesen Akt der Solidarität, fühle er

sich wirklich angekommen. Auch das ist Friedensarbeit: das Miteinander im Alltag. „Ich bin der festen Überzeugung, dass jede Religion ihre fundamentalistischen, ihre ideologischen, ihre konfliktverschärfenden Seiten hat. Aber jede Religion hat auch ihre Inhalte und ihre Spiritualität, die den Frieden stärken“, sagt Monika Matthias.

Doch dieser Frieden lässt sich nicht durch Waffen verteidigen – weder am Hindukusch noch sonst wo. Er ist vielmehr Ausdruck gelebter Solidarität, in der Corona-, aber vor allem in der Klimakrise. Wenn Monika Matthias darüber spricht, klingt sie manchmal wie eine Polit-Aktivistin. „Wir müssen endlich zu einer Kultur des Genug kommen“, so die Pfarrerin, „denn das Gesetz des ewigen Wachstums im fossilen Kapitalismus neoliberaler Prägung ruiniert unser Klima und unsere Menschheitsfamilie.“

Und so ist der Einsatz für den Frieden in der Martha-Gemeinde Teil jener Bewegung, die 1983 bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver ihren Ausgang nahm: Der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ist ein Weg, ein Lernweg. Und genauso wenig, wie Gerechtigkeit ein für alle Mal hergestellt werden kann, kann Frieden mit verteidigt werden: Für die Mitglieder der Gemeinde bleibt er eine Herausforderung oder Vision, für die der oft zitierte Satz gilt: der Weg ist das Ziel – auch wenn das in manchen Ohren abgedroschen klingen mag.

Informationen zur Gemeinde im Internet unter: www.martha-gemeinde.de

Die Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) zum Nachlesen und barrierefrei zum Nachhören unter: www.ekd.de/friedensdenkschrift.htm

die kirche – Evangelische Wochenzeitung für Berlin, Brandenburg und die schlesische Oberlausitz

https://die-kirche.de/news-detail/nachricht/eine-gemeinde-bezieht-stellung.html?tx_news_pi1%5BbackPid%5D=20397&cHash=d6affaba78ea2b60ff652350d029ddd3

08.07.2021